

# **36. Bundesparteitag**

**12.–15. Juni 1988, Wiesbaden**

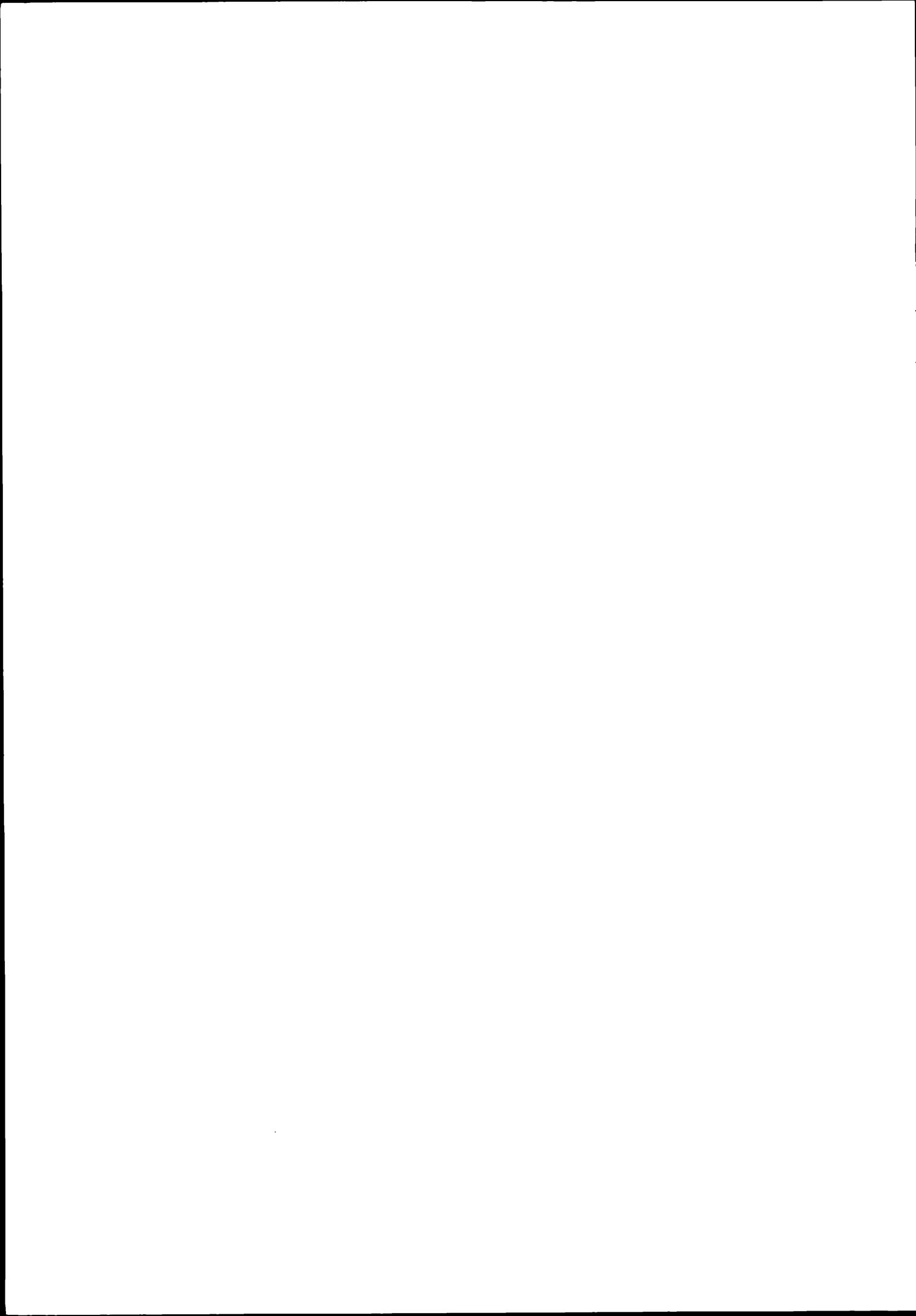
## **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht des  
Generalsekretärs**

**CDU**



*Die  
Zukunft*



**36. Bundesparteitag  
12.–15. Juni 1988, Wiesbaden**

**Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs**



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b>	5
<b>I. Parteigremien</b>	
1. Präsidium	6
2. Bundesvorstand	6
3. Bundesausschuß	6
4. Landesgeschäftsführerkonferenz	6
5. Bundesparteigericht	6
<b>II. Die Bundesgeschäftsstelle</b>	
1. Politik	8
1.1 Bundesfachausschüsse	8
1.2 Vorbereitung auf den 36. Bundesparteitag	10
– Kommission „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“	10
– Kommission „Außen-, Deutschland-, Sicherheits- und Europapolitik“	11
– Organisationskommission	12
1.3 Kommission „Ländlicher Raum“	12
1.4 Seniorenarbeit	12
2. Öffentlichkeitsarbeit	12
3. Organisation	14
4. Pressearbeit	15
5. Personal/Verwaltung	15
<b>III. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen</b>	
1. Baden-Württemberg	16
2. Schleswig-Holstein	16
<b>IV. Die Mitgliederentwicklung in der CDU</b>	17
<b>V. Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 36 Essener Leitsätze</b>	19
<b>VI. Bericht gemäß § 26 GO über den Vollzug der Beschlüsse des 35. Bundesparteitages</b>	22



## Vorwort

Die wenigen Monate seit dem Bonner Parteitag im November 1987 haben es bestätigt: Die CDU hat sich erneut in der Programmarbeit bewährt und über ihre Politik in den neunziger Jahren diskutiert.

Die CDU ist in den siebziger Jahren nicht die Regierungspartei der achtziger Jahre geworden, weil sie in die fünfziger Jahre zurückgeblickt, sondern weil sie frühzeitig Konzepte für die Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben entwickelt hat, die wesentlich die Grundzüge unserer jetzigen Regierungspolitik bestimmen. Und die CDU wird nur dann die entscheidende Kraft der deutschen Politik bleiben, wenn sie auch in der Regierungsverantwortung ihre eigene unverwechselbare Identität behält, sich neuen Problemen stellt und Antworten formuliert, die Gültigkeit über den Tag hinaus haben.

Wir müssen auf neue Fragen antworten: Wie können wir die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland für die Zukunft sichern? Wie können wir den vielen Menschen helfen, die aufopferungsvoll zu Hause Schwerkranke und Pflegebedürftige betreuen? Welche Rolle soll die Bundesrepublik Deutschland künftig in der internationalen Politik spielen? Diese und andere Fragen werden wir durch unsere Beschlüsse auf dem 36. Bundesparteitag beantworten.

Daß die programmatische Diskussion in so kurzer Zeit so intensiv geführt werden konnte, ist ein erfreuliches Zeichen für die Bereitschaft der Mitglieder, sich mit den weitreichenden Auswirkungen der großen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu befassen, die wir derzeit erleben.

An dieser Stelle soll auch ein Wort des Dankes an die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle stehen, die in den vergangenen Monaten bei den Vorarbeiten für die beiden Programm-Kommissionen und bei der Auswertung der rund 900 Änderungsanträge zu den Leitanträgen des Bundesvorstandes großen Einsatz gezeigt haben. Dieser Dank gilt in gleicher Weise allen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden, die mit dafür gesorgt haben, daß die Diskussion so rasch in Gang gekommen und so erfolgreich verlaufen ist.

Die Beschlüsse von Wiesbaden können erneut beweisen, daß die CDU die prinzipientreue, problembewußte und diskussionsfreudige Volkspartei ist, die Herausforderungen der Zukunft rechtzeitig aufgreift und darauf schlüssige Antworten gibt. Wir erfüllen mit dieser Diskussion den Programm- und Führungsauftrag unserer großen Volkspartei.

Dr. Heiner Geißler MdB  
Generalsekretär der CDU

Peter Radunski  
Bundesgeschäftsführer der CDU

# I. Parteigremien

## 1. Präsidium

Das Präsidium trat während des Berichtszeitraumes ab dem 35. Bundesparteitag (9. November 1987 in Bonn) zu 14 Sitzungen zusammen. Es befaßte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Afrika-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
- Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- Forderungen der ÖTV
- Prag-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
- EG-Präsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland
- EG-Gipfel in Brüssel (11./12. Februar 1988)
- EG-Gipfel in Hannover (27./28. Juni 1988)
- Ergebnis der Landtagswahl von Baden-Württemberg (20. März 1988)
- Gesetzesvorhaben der Legislaturperiode
  - Steuerreform
  - Kostendämpfung im Gesundheitswesen
  - Rentenstrukturreform
  - Beratungsgesetz (§ 218 StGB)
  - Neuorientierung der Zukunftsperspektiven der Bundespost
- Entwicklung am Arbeitsmarkt
- Wirtschaftspolitik
- Vorruhestandsregelung
- Neuverschuldung des Bundeshaushaltes
- Beratung der Leitanträge des Bundesvorstandes zum 36. Bundesparteitag
- Vorbereitung der Europawahlen (Kandidatenaufstellung)
- Ergebnis der Landtagswahl von Schleswig-Holstein (8. Mai 1988)
- USA-Reise des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
- Vorbereitung des 36. Bundesparteitages.

## 2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu fünf Sitzungen und einer zweitägigen Klausurtagung zusammen.

Schwerpunktthemen: siehe Präsidium.

Außerdem:

- Verabschiedung des Haushalts 1988 der CDU-Bundesgeschäftsstelle und Finanzierung der Parteiarbeit
- Gründung der Senioren-Union der CDU
- EG-Bericht von Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen
- Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst
- Themenfestlegung und Vorbereitung des 36. Bundesparteitages

## 3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum einmal zusammen (7. Dezember 1987). Er befaßte sich mit folgenden Themen:

- Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über die Parteiarbeit und die Vorbereitung des 36. Bundesparteitages 1988
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, über die Arbeit der Fraktion
- Verabschiedung der Satzung der Senioren-Union der CDU
- Genehmigung von Satzungsänderungen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

## 4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum unter der Leitung von Bundesgeschäftsführer Peter Radunski zu fünf Sitzungen zusammen.

Schwerpunktthemen:

- Parteiengesetz, Rechenschaftsbericht
- Landtagswahlkampf Baden-Württemberg
- Aktionen zum Thema Steuerreform
- Vorbereitung 36. Bundesparteitag
- Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein
- Stand der Arbeiten in der Organisationskommission (gemeinsam mit der Organisationskommission)
- Beitragsregelung
- Vorbereitung Europawahlkampf.

## 5. Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 1. April 1984 bis 30. April 1988 zu insgesamt 16 Sitzungen zusammen; im Vergleichszeitraum vom 1. April 1980 bis 31. März 1984 fanden 13 Sitzungen statt. Von den in diesem Zeitraum insgesamt anhängigen 51 (1980–1984: 24) Parteigerichtssachen konnten 34 (20) Verfahren aus den Jahren 1983–1987 abschließend behandelt werden; noch offen sind 17 (4) Verfahren aus den Jahren 1986–1988, von denen trotz unterschiedlicher Fallgestaltung 7 Fälle die gleiche rechtliche Problematik (Zuordnung von Mitgliedern zu örtlichen Verbänden) besitzen.

Die vorgenannten insgesamt 51 (24) Parteigerichtssachen umfassen

- 13 (8) Ausschlußverfahren,
- 9 (5) Streitigkeiten aus dem Bereich von Vereinigungen,

- 3 Anfechtungen von Kandidatenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen,
- 16 (6) Anfechtungen parteiinterner Vorstands- und Delegiertenwahlen,
  - 1 Rehabilitationsverfahren (§ 11 Ziff. 4 PGO),
  - 1 Ordnungsmaßnahme,
  - 1 (2) Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung,
  - 1 Streitigkeit über die Zulassung eines nicht der CDU oder CSU angehörenden Rechtsanwalts als Verfahrensbevollmächtigter bei den Parteigerichten der CDU sowie
- 6 (3) sonstige Verfahren.

Soweit im Berichtszeitraum **34 (20) Parteigerichtsverfahren abgeschlossen** werden konnten, wurden in

- 11 (9) Fällen die Rechtsbeschwerden/Beschwerden/Anträge zurückgewiesen,
- 4 Verfahren die Entscheidungen von Landesparteigerichten aufgehoben und die betreffenden Parteigerichtssachen dorthin zurückverwiesen,
- 2 (1) Fällen eine vergleichsweise abschließende Regelung gefunden,
- 4 Fällen die Rechtsbeschwerden in vollem Umfang als erfolgreich entschieden sowie
- 5 (6) Verfahren nach Rücknahme des Rechtsmittels und
- 8 (4) Verfahren aus anderen Gründen, u.a. wegen Austritts aus der CDU, eingestellt.

Das Bundesparteigericht der CDU konnte 1985 auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken; der 9. CDU-Bundesparteitag hatte am 26. April 1960 das erste Bundesparteigericht in der Geschichte der CDU Deutschlands gewählt. Es besteht seitdem aus fünf Ordentlichen und fünf Stellvertretenden Mitglie-

dern, die vom Bundesparteitag für jeweils vier Jahre gewählt werden. Staatssekretär a.D. Heinrich Barth, Vorsitzender des Bundesparteigerichts seit 1964, gehört ihm seit 1960 ununterbrochen als Ordentliches Mitglied an.

Am 26. November 1985 fand in Bonn eine Jubiläumsveranstaltung des Bundesparteigerichts zusammen mit den Vorsitzenden der Landes-, Bezirks- und Kreisparteigerichte der CDU und zahlreichen Gästen, darunter dem Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts der CSU, statt, auf der auch die Broschüre „25 Jahre Bundesparteigericht der CDU 1960–1985“ veröffentlicht wurde (Auflage 3.000 Stück). Sie enthält neben Berichten und wissenschaftlichen Aufsätzen einige beispielhaft ausgewählte Entscheidungen des Bundesparteigerichts, zahlreiche Leitsätze zu seinen Entscheidungen, eine Bibliographie zum Recht der politischen Parteien unter besonderer Berücksichtigung der Schiedsgerichtsbarkeit sowie eine Rechtsprechungsübersicht. Die Broschüre, die auch in der Fachpresse besprochen und an juristische Fakultäten, Bibliotheken, Verbände und Fachzeitschriften verschickt wurde, hat sich als ein wichtiges praktisches Arbeitsmittel für die Parteigerichtsbarkeit der CDU erwiesen und wird bei Bedarf neu aufgelegt werden.

Das Bundesparteigericht beabsichtigt, in der kommenden Wahlperiode 1988–1992 die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch mit den CDU-Landesparteigerichten und mit den Bundesvereinigungen der Partei zu intensivieren und dabei auch schrittweise für eine gegenseitige Information über zwischenzeitlich getroffene, rechtskräftig gewordene Entscheidungen zu sorgen.

# II. Die Bundesgeschäftsstelle

## 1. Politik

Zwei Hauptaufgaben stellten sich im Berichtszeitraum für die **Grundsatz- und Planungsabteilung** und für die **Hauptabteilung Politik**: die Vorbereitung auf den 36. Bundesparteitag sowie die fachliche und organisatorische Betreuung der Bundesfachausschüsse, deren Zahl inzwischen von 17 auf 22 angewachsen ist.

Daneben standen die vielfältigen laufenden Aufgaben; dies waren für die **Grundsatz- und Planungsabteilung** unter anderen

- die Ausarbeitung von Dokumentationen, Analysen und Empfehlungen (unter anderem zur Auswahl und Qualifikation von Amts- und Mandatsträgern) für die Organisationskommission;
- die Analyse von Landtagswahlergebnissen und demoskopischen Untersuchungen;
- die Analyse von Programmen und politischen Forderungen der SPD und der Grünen;
- die Ausarbeitung von Entwürfen für Reden, Artikeln, Kolumnen, Presseerklärungen und Interviews;
- die Vorbereitung von Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächen;
- die Vorbereitung und Durchführung von Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen (im Berichtszeitraum eine Gesprächsrunde mit Fachleuten zur Außen-, Sicherheits- und Weltwirtschaftspolitik).

Die **Hauptabteilung Politik**, zu deren fünf bisherigen Abteilungen (Innenpolitik, Politische Dokumentation und Analysen, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik, Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik) die Abteilung Frauen- und Familienpolitik hinzugekommen ist, muß sich regelmäßig darum kümmern,

- politische Entscheidungen für die Parteiführung vorzubereiten und die Politik der CDU-geführten Bundesregierung argumentativ zu begleiten;
- die inhaltliche Arbeit auf allen Parteiebenen zu aktivieren;
- Politik und programmatische Entwicklungen des politischen Gegners zu analysieren und die argumentative Auseinandersetzung mit ihm vorzubereiten;
- enge fachliche Kontakte mit den Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu halten und für reibungslosen gegenseitigen Informationsfluß zu sorgen;
- möglichst intensive und kontinuierliche Kontakte mit Wissenschaft und Forschung sowie Verbänden und sonstigen Organisationen im vorpolitischen Raum zu pflegen – und nicht zuletzt
- allen jenen Bürgern zu helfen, die sich in ständig wachsender Zahl schriftlich oder telefonisch an

die Bundesgeschäftsstelle wenden und Auskünfte einfordern, Kritik vortragen oder Unterstützung bei der Lösung persönlicher Probleme erhoffen.

Erheblich gewachsen ist im Berichtszeitraum auch die Zahl der **Besucherguppen**, die im Konrad-Adenauer-Haus mit Vertretern der Partei über die unterschiedlichsten politischen Themen diskutieren wollen. Für diese Diskussionen stehen vor allem die Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik zur Verfügung.

Schließlich betreut die Hauptabteilung Politik auch die **elektronische Textbibliothek**, in der alle wichtigen Veröffentlichungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle gespeichert werden und für die Benutzer in der Bundesgeschäftsstelle ebenso wie für eine wachsende Zahl von Parteigliederungen (auf dem Wege der Datenfernübertragung) jederzeit zur Verfügung stehen. Gegenwärtig sind in dieser Textbibliothek 1.700 Textdokumente gespeichert und nach vielfältigen inhaltlichen Kriterien aufbereitet.

### 1.1 Bundesfachausschüsse

Die Zahl der Bundesfachausschüsse, deren Geschäftsführung von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik wahrgenommen wird, hat sich von 17 auf 22 erhöht. Um der wachsenden Bedeutung der entsprechenden politischen Aufgaben Rechnung zu tragen, wurden vier neue Bundesfachausschüsse eingerichtet, und zwar für Forschung und Technologie, Frauenpolitik, Medienpolitik und Europapolitik. Außerdem wurde der bisherige Bundesfachausschuß Außen- und Deutschlandpolitik in den Bundesfachausschuß Deutschlandpolitik und in den Bundesfachausschuß Außenpolitik aufgeteilt.

Zahlreiche Bundesfachausschüsse haben im Berichtszeitraum insbesondere an der Beratung der beiden Kommissionsentwürfe zur Vorbereitung des 36. Bundesparteitages mitgewirkt und dem Bundesvorstand entsprechende Stellungnahmen zugeleitet.

### Liste der Bundesfachausschüsse (Stand: 1. Mai 1988)

1. Bundesfachausschuß Innenpolitik  
Vorsitzender: Senator Prof. Dr. Wilhelm A. Kewenig MdA  
Stellvertreter: Dr. Karl Miltner MdB  
Heinz Paus MdL

Der BFA Innenpolitik hat folgende Arbeitsgemeinschaften eingerichtet:

- Ausländerpolitik
- Kommunalpolitik
- Innere Sicherheit/Polizei
- Öffentlicher Dienst

2. Bundesfachausschuß Sportpolitik  
Vorsitzender: Ferdi Tillmann MdB  
Stellvertreter: Manfred Freiherr von Richthofen  
Michael Sauer  
Der BFA Sportpolitik hat einen Arbeitskreis Leistungssport eingerichtet.
3. Bundesfachausschuß Kulturpolitik  
Vorsitzender: Dr. Peter Bendixen MdL  
Stellvertreter: Herbert Reul MdL  
OB Claus-Wilhelm Hoffmann  
Der BFA Kulturpolitik hat folgende Arbeitsgemeinschaften eingerichtet:  
– Kunst und Kultur  
– Bildung und Erziehung
4. Bundesfachausschuß Jugendpolitik  
Vorsitzende: Ruth Hieronymi MdL  
Stellvertreter: Gert Hammer  
Uwe Wienholz  
Der BFA Jugendpolitik hat folgende Arbeitskreise eingerichtet:  
– Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs  
– Neuordnung des Jugendhilferechts  
– Jugendpolitische Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung  
– Jugend und Grundwerte, Verbesserung der Jugendansprache und Partei(jugend)arbeit  
– Jugend und Arbeitswelt  
– Jugend in der Kommunikationsgesellschaft  
– Mädchen und junge Frauen
5. Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik  
Vorsitzende: Christa Thoben MdL  
Stellvertreter: Dr. Dieter Murmann  
Dr. Christian Neuling MdB  
Der BFA Wirtschaftspolitik hat eine Arbeitsgemeinschaft Unternehmensbesteuerung eingerichtet.
6. Bundesfachausschuß Agrarpolitik  
Vorsitzender: Richard Bayha MdB  
Stellvertreter: Dr. Hedda Meseke  
Johann-J. Borchert MdB
7. Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau  
Vorsitzender: Dr. Franz Möller MdB  
Stellvertreter: Hanns Schaefer  
Heinz Soënius MdL
8. Bundesfachausschuß Verkehrspolitik  
Vorsitzender: Dirk Fischer MdB  
Stellvertreter: Dr. Günter Becker  
Senator Edmund Wronski MdA
9. Bundesfachausschuß Energiepolitik  
Vorsitzender: Ludwig Gerstein MdB  
Stellvertreter: Dr. Gerd Löffler MdHB  
Staatssekretär Johann Wilhelm Römer
10. Bundesfachausschuß Umweltpolitik  
Vorsitzender: Kurt-Dieter Grill MdL  
Stellvertreter: Dr. Roland Salchow MdHB  
Dr. Andreas Troge  
Der BFA Umweltpolitik hat folgende Arbeitsgruppen eingerichtet:  
– Marktwirtschaftliche Instrumente  
– Umweltorientierte Unternehmensführung  
– Europäische Umweltpolitik  
– Umwelt, Landwirtschaft und Naturschutz  
– Abfallentsorgung  
– Energie und Umwelt
11. Bundesfachausschuß Frauenpolitik  
Vorsitzende: Staatssekretärin  
Dr. Maria Herr-Beck  
Stellvertreter: Hildegard Matthäus MdL  
Gebhard Müller MdL  
Der BFA Frauenpolitik hat folgende Arbeitsgruppen eingerichtet:  
– Frau und Familie  
– Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
– Frau und Arbeitswelt  
– Frauenförderpläne  
– Neue Berufsfelder für Frauen  
– Frauen in der CDU
12. Bundesfachausschuß Familienpolitik  
Vorsitzende: Rita Waschbüsch MdL  
Stellvertreter: Norbert Schlottmann  
Heinrich Sudmann
13. Bundesfachausschuß Sozialpolitik  
Vorsitzender: Hermann-Josef Arentz MdL  
Stellvertreter: Roswitha Verhülsdonk MdB  
Kurt Härzschel  
Der BFA Sozialpolitik hat folgende Kommissionen eingerichtet:  
– Rentenpolitik  
– Behindertenpolitik  
– Grundsatzfragen der Sozialpolitik  
– Strukturreform im Gesundheitswesen
14. Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik  
Vorsitzender: Staatssekretär Albrecht Hasinger  
Stellvertreter: Anneliese Augustin  
Prof. Ulf D. König
15. Bundesfachausschuß Deutschlandpolitik  
Vorsitzender: PSt Dr. Ottfried Hennig MdB  
Stellvertreter: Heinrich Lummer MdB  
Jürgen Quensell
16. Bundesfachausschuß Außenpolitik  
Vorsitzender: Volker Rühle MdB  
Stellvertreter: Prof. Dr. Werner Weidenfeld  
Elmar Brok MdEP
17. Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik  
Vorsitzender: Werner Schreiber MdB  
Stellvertreter: PSt Dr. Volkmar Köhler MdB  
Dr. Dieter W. Benecke
18. Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik  
Vorsitzender: Markus Berger  
Stellvertreter: Udo Ehrbar MdB  
Barbara Könitz  
Der BFA Sicherheitspolitik hat eine Arbeitsgemeinschaft Frauen und Bundeswehr eingerichtet.

19. Bundesfachausschuß Europapolitik  
Vorsitzender: Bernhard Sälzer MdEP  
Stellvertreter: Doris Pack MdB  
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP
20. Bundesfachausschuß Forschungs- u. Technologiepolitik  
Vorsitzender: Christian Lenzer MdB  
Stellvertreter: Dr. Josef Bugl  
Dr. Peter Kleber
21. Bundesfachausschuß Medienpolitik  
Vorsitzender: Dieter Weirich MdB  
Stellvertreter: Klaus von Trotha MdL  
Gabriele Wiechatzek MdA  
Der BFA Medienpolitik hat folgende Arbeitskreise eingerichtet:
  - Perspektive Europa – Fernsehen ohne Grenzen
  - Medienmarkt der neunziger Jahre
  - Medien und Kultur
22. Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)  
Vorsitzender: Minister Dr. Heinz Eyrich MdL  
Stellvertreter: Heribert Helmrich MdB  
Senator Prof. Dr. Rupert Scholz MdA  
Minister Dr. Henning Schwarz  
Otto Theisen  
Der BACDJ hat folgende Fachkommissionen eingerichtet:
  - Asylrecht
  - Biotechnologie und Recht
  - Ehe- und Familienrecht
  - Gewalt
  - Kriminalpolitik
  - Schutz der Umwelt durch Recht
  - Verbraucherschutz
  - Wirtschaftsrecht
  - Zukunftsprobleme der Rechtspolitik.

## 1.2 Vorbereitung auf den 36. Bundesparteitag

Auf dem Bonner Parteitag im November vergangenen Jahres in Bonn hatte der Parteivorsitzende Helmut Kohl für 1988 einen „**Parteitag der Diskussion**“ angekündigt. Dabei sollten die Themen „**Unsere Verantwortung in der Welt**“ und „**Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes**“ im Mittelpunkt stehen. Zur Vorbereitung der Diskussionen in der Partei und mit der Öffentlichkeit wurden zwei Kommissionen unter der Leitung des Generalsekretärs eingesetzt. In diesen beiden Kommissionen waren Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie aus der Partei vertreten. Die Kommissionen haben ihre Entwürfe bis Mitte Februar 1988 erarbeitet.

Um ein möglichst intensives Gespräch über die Themen des Parteitages innerhalb und außerhalb der Partei zu ermöglichen, wurde bewußt ein zweistufiges Verfahren gewählt: In der **ersten Diskussionsphase** nach der Veröffentlichung der Entwürfe durch den Generalsekretär am 18. und 19. Februar 1988

hatten alle Interessierten innerhalb und außerhalb der Partei Gelegenheit, ihre Anregungen und Kritik bis zum 5. April an die Bundesgeschäftsstelle zu richten.

In diese erste Diskussionsphase fielen auch drei Veranstaltungen im Konrad-Adenauer-Haus, die der inhaltlichen Vertiefung einzelner Themenschwerpunkte des Parteitages dienten:

- Am 2. Februar 1988 fand ein **Expertengespräch** unter dem Motto „**Für Kinder bleibt noch viel zu tun**“ statt, in dem Fachleute aus Wissenschaft, Verbänden, Modellprojekten und Selbsthilfegruppen mit Vertretern der Partei neue Perspektiven für die Zukunft unserer Kinder aufzeigen sollten.
- Am 19. Februar 1988 ging es bei einem weiteren **Expertengespräch** um das Thema „**Herausforderung Pflege – Chance zu neuer Arbeit**“. Fachleute aus der CDU, den Kirchen, den freien Wohlfahrtsverbänden und dem Krankenhauswesen diskutierten neue Formen des Zusammenwirkens von Staat, Verbänden und sozialen Initiativen, von ehrenamtlichen und professionellen Pflegediensten, von ambulanter und stationärer Pflege.
- Am 14. April 1988 fand der **außenpolitische Kongreß** statt, der unter dem Motto „**Freiheit – Sicherheit – Zusammenarbeit. Außenpolitik für die Zukunft Deutschlands**“ stand. Besondere Beachtung fanden neben dem Grundsatzreferat des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, die Redebeiträge der Botschafter der USA und der UdSSR.

Die erfreulich breite und intensive Diskussion über die Kommissionsentwürfe läßt sich nicht zuletzt an der großen Zahl von Stellungnahmen ablesen: Bis Anfang April waren in der Bundesgeschäftsstelle mehr als **600 Zuschriften** eingegangen.

Alle diese Stellungnahmen wurden bei der Erarbeitung der beiden **Leitanträge** berücksichtigt, die der **Bundesvorstand** in seiner **Klausurtagung am 17./18. April** in Königswinter abschließend beraten hat.

In der danach beginnenden **zweiten Diskussionsphase** hatten alle antragsberechtigten Parteigliederungen bis zum 15. Mai erneut Gelegenheit, sich mit den Schwerpunktthemen des Parteitages zu befassen und konkrete Änderungsanträge zu stellen.

### – Kommission „Das Christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“

Mit ihrem Entwurf hat die Kommission wichtige Probleme in unserer Gesellschaft aufgegriffen, die von einer besonderen moralischen und grundsätzlichen Bedeutung sind. Sie hat Antworten auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes – entsprechend unserem Grundsatzprogramm von 1978 – formuliert.

Der Kommissionsentwurf – wie auch der spätere Leitantrag des Bundesvorstands – enthält ein umfas-

sendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens und der Würde des Menschen. Christliche Demokraten fühlen sich in besonderer Weise verpflichtet, der Gefahr der Verfügbarkeit des menschlichen Lebens durch den medizinisch-technischen Fortschritt zu begegnen. Deshalb werden vor allem Antworten auf die neuen Fragen gegeben, die sich im Zusammenhang mit der Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnologie stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in einem wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandel, dessen Bewältigung und Gestaltung über eine Legislaturperiode hinaus alle Kräfte erfordert. Die Soziale Marktwirtschaft muß sich heute in der Aufgabe bewähren, die Bundesrepublik Deutschland als modernen und humanen Industriestaat in den neunziger Jahren zu sichern. Neue und zukunftssichere Arbeitsplätze setzen voraus, daß die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleibt.

Mit ihrem Entwurf für eine kinderfreundliche Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie steht, und mit ihren Leitgedanken für eine humane Pflege älterer Menschen greift die CDU wichtige sozialpolitische Zukunftsaufgaben auf, die vor allem aus den tiefgreifenden demographischen Umbrüchen folgen.

Die Kommission ist von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik fachlich unterstützt worden; sie hat ihren Entwurf in drei Plenarsitzungen am 16. Dezember 1987, am 22./23. Januar 1988 (Klausurtagung) und am 9. Februar 1988 erarbeitet.

#### **Mitglieder der Kommission**

Vorsitz: Dr. Heiner Geißler  
Stellvertreter: Peter Radunski  
Geschäftsführung: Wilhelm Staudacher  
Mitglieder: Prof. Dr. Wolfgang Bergsdorf  
Christoph Böhr  
Gerhard Braun  
Dr. Heinz Eyrich  
Ulf Fink  
Dr. Paul Hoffacker  
Barbara John  
Dr. Friedrich Kronenberg  
Dr. Paul Laufs  
Prof. Dr. Ursula Lehr  
Albrecht Martin  
Prof. Dr. Paul Mikat  
Anton Pfeifer  
Elmar Pieroth  
Prof. Dr. Johannes Reiter  
Dr. Heinz Riesenhuber  
Ingrid Roitzsch  
Dr. Helga Stödter  
Prof. Dr. Rita Süßmuth  
Erwin Teufel  
Prof. Dr. Klaus Töpfer  
Roswitha Verhülsdonk  
Dr. Bernhard Vogel  
Karlheinz Weimar  
Johanna Grfn. von Westphalen

#### **– Kommission Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik**

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist die CDU die klassische Partei der Außenpolitik. Die Grundlagen und Grundentscheidungen deutscher Außenpolitik sind von Anbeginn an politisch und programmatisch entscheidend von der CDU Deutschlands geprägt worden. Mit Festigkeit in den Grundsätzen, mit Klarheit und Beständigkeit in den Zielen hat die CDU in der Regierungsverantwortung eine erfolgreiche Außen- und Deutschlandpolitik betrieben.

Die Kommission hat mit ihrem Entwurf Perspektiven für die neunziger Jahre entwickelt und damit den Anspruch der CDU unterstrichen, auch im nächsten Jahrzehnt die bestimmende Kraft in der Außen- und Deutschlandpolitik zu sein.

An den Prioritäten christlich-demokratischer Außen- und Sicherheitspolitik wird sich auch künftig nichts ändern: Sie bleibt aktive, weltweite Friedenspolitik, zugleich eine Politik der guten Nachbarschaft und sie bleibt jederzeit den Menschenrechten verpflichtet.

Der Kommissionsentwurf – wie auch der spätere Leitantrag des Bundesvorstands – sieht vor allem fünf Felder, auf denen sich diese Politik auch in Zukunft bewähren muß:

- In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, wird als zentrales Ziel der Deutschlandpolitik herausgestellt. Konrad Adenauers Satz „Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit war und ist das vordringlichste Ziel unserer Politik“ bestimmt Tradition und Zukunft der Deutschlandpolitik der CDU.
- Europa ist unsere politische Zukunft. Nur durch einen konsequenten Ausbau der wirtschaftlichen sowie außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bewahrt die Europäische Gemeinschaft ihren Platz in der Weltpolitik.
- Die Festigung der Atlantischen Allianz und der Ausbau der Partnerschaft zwischen dem freien Europa und den USA bleiben vorrangige Aufgabe deutscher und europäischer Politik.
- Wir wollen Zusammenarbeit und Vertrauensbildung auf allen Ebenen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Pakts. Die Veränderungen in diesen Staaten wollen wir dafür nutzbar machen.
- Unsere Zukunft hängt zunehmend davon ab, ob Frieden und Stabilität in der Dritten Welt gesichert werden können. Unsere Verantwortung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in der Dritten Welt wird deshalb besonders hervorgehoben.

Die Kommission ist gemeinsam von Mitarbeitern der Grundsatz- und Planungsabteilung sowie der Hauptabteilung Politik fachlich unterstützt worden; sie hat in drei Plenarsitzungen am 17. Dezember 1987, am 15./16. Januar 1988 (Klausurtagung) und am 8. Februar 1988 ihren Entwurf erarbeitet.

## Mitglieder der Kommission

Vorsitz:	Dr. Heiner Geißler
Stellvertreter:	Peter Radunski
Geschäftsführung:	Dr. Wulf Schönbohm
Mitglieder:	Markus Berger Lothar Domröse Dr. Johann Baptist Gradl Prof. Dr. Christian Hacke Walther Leisler Kiep Dr. Egon Klepsch Karl Lamers Prof. Dr. Wolfgang Pfeiler Dr. Hans-Gert Pöttering Hans-Peter Repnik Volker Rühle Dr. Wolfgang Schäuble Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz Dr. Lutz Stavenhagen Dr. Hans Stercken Horst Teltschik Dr. Roland Wegener Prof. Dr. Werner Weidenfeld Dr. Peter Weilemann Dr. Dorothee Wilms Dr. Manfred Wörner

### – Organisationskommission

Unter der Leitung von Generalsekretär Heiner Geißler hat die Organisationskommission in sieben Sitzungen, darunter einer gemeinsamen Sitzung mit der Landesgeschäftsführerkonferenz, einen Diskussionsentwurf zum Thema „Die CDU als moderne Volkspartei“ erarbeitet.

### 1.3 Kommission „Ländlicher Raum“

Die vom Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am 18. Juni 1987 eingesetzte Kommission „Ländlicher Raum“ hat unter Leitung ihres Vorsitzenden, Ministerpräsident Ernst Albrecht, ihre Arbeit aufgenommen und in drei Sitzungen Vorarbeiten zu Leitlinien einer Politik für den ländlichen Raum geleistet. Im Mittelpunkt der bisherigen Sitzungen stand die Frage der Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum. Hierzu wurde am 5. Februar 1988 eine Anhörung von Unternehmern, die im ländlichen Raum tätig sind, durchgeführt. Die Leitlinien werden voraussichtlich im Frühjahr 1989 vorliegen.

Die Geschäftsführung der Kommission wird von der Abteilung Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wahrgenommen.

### 1.4 Seniorenarbeit

Im Mittelpunkt der Seniorenarbeit standen im Berichtszeitraum die Durchführung und der Vollzug des Beschlusses A1 des 35. Bundesparteitages über die bundesweite Gründung der Senioren-Union zum frühestmöglichen Zeitpunkt. In Arbeitstreffen mit den Landesbeauftragten und Landesvorsitzenden der

Senioren-Union (30. November 1987, 10. Februar 1988 und 11. April 1988) wurde die Gründungsversammlung der Bundesvereinigung Senioren-Union vorbereitet. Diese erste Bundesdelegiertenversammlung fand am 20. April 1988 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn statt.

Bis zu diesem Zeitpunkt oblag der Hauptabteilung Politik die Zuarbeit für den Seniorenbeauftragten der CDU, Gerhard Braun. Dabei handelte es sich vor allem um

- Entwürfe für Reden, Artikel und Presseerklärungen,
- die Vorbereitung von Gesprächsrunden mit Wissenschaftlern,
- ständige Kontakte zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie zu Seniorengemeinschaften, Rentnervereinigungen und Alteninitiativen.

## 2. Öffentlichkeitsarbeit

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hat mit einer breiten Palette von Publikationen und Maßnahmen die politischen Schwerpunktthemen der Regierung Helmut Kohl öffentlichkeitswirksam herausgestellt. Im Sinne des erfolgreichen Konzepts der „redaktionellen Wahlkampfführung“ wurde das Hauptaugenmerk auf die Aktualität der Werbemittel und Maßnahmen gelegt.

### Informationsoffensive zur Steuerreform

Arbeitsschwerpunkt der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit war eine breit angelegte Aktion mit Verteil- und Informationsmaterialien zur großen Steuerreform der Regierung Helmut Kohl.

Bereits zum Bundesparteitag am 9. November hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle mit ersten Materialien wie Wandzeitung und zwei Flugblättern über die Steuersenkungen informiert. Es folgten konkrete Entlastungsbeispiele über das Deutsche Monatsblatt und den UfD. Zum Jahreswechsel wurden der Partei zu den ab 1. Januar 1988 in Kraft tretenden Steuersenkungen der zweiten Stufe der Steuerreform ein Flugblatt und eine Wandzeitung unter der Schlagzeile „14 Milliarden mehr im Geldbeutel“ zur Verfügung gestellt.

Mitte Januar begannen die Parteigliederungen mit einer umfangreichen Verteil- und Informationsoffensive zur Steuerreform:

- In einer Auflage von fast zehn Millionen Exemplaren wurde eine 16seitige **Zeitung** unter der Schlagzeile „Wir senken die Steuern“ verteilt. Die finanziellen Vorteile für die Steuerzahler wurden an konkreten Einzelbeispielen erläutert.
- Parallel zur Verteilung der Zeitung führte die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine **Telefonaktion** durch. Unter vier Rufnummern im Konrad-Adenauer-Haus konnten, so wie in der Zeitung angekündigt, die Bürger zum Billig-Tarif, nämlich zwischen 18.00 Uhr und 20.00 Uhr, telefonisch Fra-

gen zur Steuerreform stellen. Experten der Bundesgeschäftsstelle standen den Anrufern Rede und Antwort.

- Eine **Taschenbroschüre** mit dem Titel „10 Pluspunkte der Steuerreform“ zeigte mit vielen anschaulichen Grafiken Punkt für Punkt die Vorteile der Steuersenkung auf.
- **Flugblätter** gaben gezielte Informationen zu Einzelthemen der Steuerreform.
- Es wurden **Begleitmaterialien für Redner** erarbeitet, denen in der Form von großformatigen Demonstrations-Grafiken optische Hilfsmittel für ihre Vorträge angeboten wurden.

Die große Steuerreform wurde auch in den übrigen Publikationen und Diensten der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit schwerpunktmäßig behandelt, so im aktuellen „CDU extra“, das neben der Steuerreform die Strukturreform im Gesundheitswesen und die Postreform dargestellt hat.

### **Umweltkampagne**

Informationen und praktische Tips über Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland und Europa gibt seit Januar das 16seitige Umwelt-Magazin, das als Verteilmittel zur Verfügung steht. Damit wurde erneut ein Thema aufgegriffen, dem die Bürger hohe Bedeutung zumessen und bei dem die CDU-geführte Bundesregierung eine klare Vorreiterrolle in Europa einnimmt.

### **Kampagne zur Strukturreform im Gesundheitswesen**

In allen Verteil-Publikationen der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit nahm die Darstellung der Gesundheitsreform breiten Raum ein, so zum Beispiel in den „CDU extra“ und im „Deutschen Monatsmagazin“. Darüber hinaus wurden in UiD-Dokumentationen, im Deutschen Monatsblatt sowie in einem Flugblatt die Argumente der CDU verbreitet.

### **Perspektive Europawahl**

Schon mit Blick auf die Europawahl im Juni 1989 wurden erste Materialien der Bundesgeschäftsstelle bereitgestellt: neben einem Schwerpunkt im aktuellen „CDU-extra“ eine Wandzeitung „Zukunft Europa“. Aktuelles Verteilmittel ist der Kalender zur Fußball-Europameisterschaft in der Bundesrepublik Deutschland, der neben der Bundesausgabe in Regionalausgaben für die Parteigliederungen Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Berlin, Frankfurt und Oldenburg aufgelegt wurde.

### **Maßnahmen für Vereinigungen**

Für die neugegründete Senioren-Union wurde ein Signet entwickelt, für die Frauen-Union wurde ebenfalls ein neues Erscheinungsbild entwickelt. Darüber hinaus wurde die Zeitschrift „Frau und Politik“ neu gestaltet.

### **Dienstleistungs-Angebot für Ortsverbände**

Den Ortsverbänden wird, vor allem für den Einsatz in Kommunalwahlkämpfen und für örtliche Anwendungsmöglichkeiten, eine Plakatgroßfläche angeboten. Technische Konzeption, Preis und zusätzliche Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle sind für die Parteigliederungen ein attraktives Angebot.

### **Ständige Publikationen und redaktionelle Dienste**

#### **– Deutsches Monatsblatt**

Trotz der angespannten finanziellen Lage der Bundesgeschäftsstelle konnte die Herausgabe von acht Ausgaben des Deutschen Monatsblattes pro Jahr gewährleistet werden. Damit ist sichergestellt, daß das Deutsche Monatsblatt weiterhin seiner Rolle als Mittler zwischen der Parteispitze und dem einzelnen Mitglied sowie den einzelnen Verbänden untereinander gerecht werden kann.

Besonders umfassend berichtete das Deutsche Monatsblatt über die Programmdiskussion zur Vorbereitung des Parteitages in Wiesbaden. Tausende von Mitgliedern machten von dem Angebot Gebrauch, mit Coupons Diskussionsentwürfe zu bestellen, um an der Diskussion teilnehmen zu können.

Wie bereits in der Vergangenheit entwickelten sich aus den vielfältigen Berichten über Aktionen vor Ort andernorts interessante Initiativen.

#### **– Deutsches Monatsmagazin**

Mit dem „Deutschen Monatsmagazin“, das viermal im Jahr erscheint, will die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit ein weiteres Periodikum aufbauen. Es soll eine interessante Mischung aus politischer Berichterstattung und lesenswerten Informationen, zum Beispiel über Freizeit und Sport, neue Automobile, Film und Mode werden. In jeder Ausgabe ist eine aktuelle politische Frage als Schwerpunkt- und Titelthema vorgesehen.

#### **– UiD**

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich mit mindestens 40 Ausgaben im Jahr und enthält Informationen und Argumentationshilfen zu allen wichtigen politischen Ereignissen. Außerdem informiert der UiD regelmäßig über das Angebot der Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle und gibt Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Verbände.

Der UiD enthält regelmäßig einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich behandelt wird. Besonderes Interesse fanden die Kommissions-Entwürfe und die Leittrträge des Bundesvorstandes für den Bundesparteitag in Wiesbaden. Kurzfristig mußte die Auflage verdoppelt werden.

Durch die Regionalisierung des UID konnten im Landtagswahlkampf Schleswig-Holstein Sonderbeilagen erscheinen. Die Landesverbände NRW und Rheinland-Pfalz haben auch außerhalb der Wahlkampfzeit von der Möglichkeit der Regionalbeilage Gebrauch gemacht.

#### – Redaktionelle Dienste

Der „Info-Service“, Informationsdienst für Redakteure von lokalen und regionalen CDU-Publikationen erschien mit drei neuen Ausgaben. Die in diesem Informationsdienst enthaltene Zusammenstellung bundespolitischer Nachrichten, aktueller Zitate und grafischer Tips zur Zeitungsgestaltung ermöglicht es den CDU-Redakteuren, zusätzlich zu örtlichen Nachrichten auch über bundespolitische Themen und über Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu berichten. Zur Zeit gibt es rund 1000 örtliche CDU-Zeitungen, die auf eine Gesamtauflage von drei bis vier Millionen Exemplaren kommen.

Für den Landesverband Bremen wurde eine monatliche Zeitung „Wir in Bremen“ entworfen und gestaltet, die seither auch redaktionell betreut wird.

### 3. Organisation

#### 3.1 Veranstaltungen und Kongresse

In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Politik bzw. den jeweiligen Vereinigungen wurden folgende Veranstaltungen im Kongreßzentrum des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses organisatorisch vorbereitet und abgewickelt:

Datum	Veranstaltung	Teilnehmer
07.12.1987	Bundesausschuß der CDU	300
02.02.1988	Expertengespräch: „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“	500
08.02.1988	Gedenkveranstaltung: „100. Geburtstag Jakob Kaiser“	650
20./21.2.1988	16. Bundesdelegiertentag der CDU-Frauenvereinigung: „Leben wagen – Zukunft gewinnen“ (Umbenennung in Frauen-Union)	400
24.02.1988	Expertengespräch: „Herausforderung Pflege – Chance zu neuer Arbeit“	450
12.04.1988	Außenpolitischer Kongreß: „Freiheit - Sicherheit - Zusammenarbeit - Unsere Verantwortung in der Welt“	750
20.04.1988	Gründungskongreß der Senioren-Union	450
06.05.1988	Rechtspolitische Tagung: „Recht sichert die Freiheit“ (20 Jahre Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen)	320

#### 3.2 Allgemeine parteiorganisatorische Arbeiten

##### – Referentenvermittlung

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat im Berichtszeit-

raum 49 Veranstaltern auf Bundesebene Referenten vermittelt.

##### – Besucherdienst im Konrad-Adenauer-Haus

Das Konrad-Adenauer-Haus als Parteizentrale findet anhaltendes Interesse der Öffentlichkeit. Im Berichtszeitraum wurden 150 Besuchergruppen mit insgesamt 7483 Teilnehmern betreut. (Seit Einrichtung des Besucherdienstes 1974 haben über 328000 Personen die CDU-Bundesgeschäftsstelle besucht.)

Seit Mitte 1987 werden in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Politik zusätzlich zu den Informationen über die Arbeit der Parteizentrale auch politische Diskussionen und Vorträge zu speziellen Themen der Parteiarbeit angeboten.

##### – Veranstaltungsservice im Konrad-Adenauer-Haus

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Konrad-Adenauer-Haus KG wurden wiederum technische Dienstleistungen für die im Kongreßzentrum des Konrad-Adenauer-Hauses stattfindenden Veranstaltungen erbracht. Dabei wurden insgesamt mehr als 500 Veranstaltungen betreut; es handelte sich sowohl um Parteiveranstaltungen als auch um Tagungen von Dritten.

##### – Ressortübergreifende Tätigkeiten

In Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit und der Union Betriebs-GmbH wurden im Berichtszeitraum acht Flugblätter produziert und versandt. Für den Verteilungsradius wurde eine Auflage von knapp 20 Millionen Exemplaren ermittelt.

Die Parteiführerkonferenz der IDU mit Wahl des neuen Vorsitzenden im Berliner Reichstagsgebäude wurde von der Hauptabteilung Organisation gemeinsam mit dem Büro für auswärtige Beziehungen und dem Sekretariat der IDU in London vorbereitet und vor Ort organisatorisch betreut.

##### – Organisationsberatung/Information

Eine wichtige Aufgabe der Hauptabteilung Organisation ist die Beratung der Parteigliederungen in Organisationsfragen. Besonderes Interesse finden die Information und Abstimmung bei der Beschaffung der technischen Ausstattung der Geschäftsstellen. Hier wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Anforderungen ein funktionales Konzept erstellt; dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Organisationsstruktur der Gesamtpartei. Im Berichtszeitraum sind mehr als 80 entsprechende Anfragen erledigt worden.

Ferner wurden die Gliederungen in wahlkampforganisatorischen Fragen beraten. Mit befreundeten ausländischen Parteien wurden neun Seminare und Informationsgespräche durchgeführt.

#### **4. Pressearbeit**

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Echo in den Medien zu verhelfen. Diesem Zweck dienen Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche und schriftliche Pressemitteilungen (im Zeitraum Oktober 1987 bis Ende April 1988 wurden 370 Beiträge und Stellungnahmen abgegeben). Ferner fanden zahlreiche Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen statt.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit sind auch Planung und Abwicklung von Interviews und Pressekontakten der Parteiführung, insbesondere des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs. Hinzu kommen die Beobachtung und Kommentierung der Aktivitäten anderer Parteien sowie – in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Organisation – die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitag, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU.

Neben 35 offiziellen Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind vertrauliche Hintergrundgespräche zu einem wichtigen Instrument der Information geworden. Besonderes Interesse bestand bei in- und ausländischen Journalisten an Kontakten mit dem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler sowie mit dem Generalsekretär. Aber auch für die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse der Partei wurden mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten Kontaktgespräche und Hintergrundtreffen organisiert.

Die Verbindung zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen, der CSU sowie der Bundesregierung und ihrer Ministerien wird durch regelmäßige Treffen gepflegt.

Während der Landtagswahlkämpfe in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wurde der Kontakt zu den für die Pressearbeit in den Landesverbänden verantwortlichen Kollegen besonders intensiv wahrgenommen. Die Presseaktivitäten wurden täglich miteinander besprochen und zwischen Bundes- und Landesebene abgestimmt.

In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch der gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU herausgegebene Pressedienst, der „Deutschland-Union-Dienst“ (DUD). Der von nur zwei Redakteuren gestaltete DUD hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst die Auflage von 1050 Exemplaren gehalten, die bundesweit vertrieben werden. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe beträgt 1100 Exemplare. Der DUD wird, wie eine Auswertung ergab, in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als die Pressedienste anderer Parteien. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2000 Exemplaren.

#### **5. Personal / Verwaltung**

Die erheblichen finanziellen Probleme der Partei haben in den vergangenen Monaten einen Personalabbau in Gang gesetzt, der sich fortsetzen wird. Er stand nicht nur im Zusammenhang mit Personalein- und -ausgliederungen (Ausgliederung der Abteilung Informatik der Bundesgeschäftsstelle in die Dico-Soft GmbH, Eingliederung von Personal der Union-Betriebs GmbH in die Bundesgeschäftsstelle), sondern wurde vor allem erreicht durch die Nichtwiederbesetzung von Vakanzen. Bei der fachlich inhaltlichen Betreuung einzelner Sachgebiete ist die CDU-Bundesgeschäftsstelle dabei inzwischen an die Grenze des Machbaren gestoßen, ein weiterer Abbau in diesem Bereich erscheint beispielsweise angesichts der Notwendigkeit der Betreuung der Bundesfachausschüsse kaum noch möglich.

In diesen Zusammenhang gehört auch der Hinweis, daß das Personal der Bundesgeschäftsstelle in den vergangenen Monaten wiederum stark bei der Unterstützung von Landtagswahlkämpfen herangezogen worden ist.

Aus- und Weiterbildungsstagnationen für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landes- und Kreisverbände fanden im Berichtszeitraum nicht statt und werden erst wieder 1989 aufgenommen, also zu einem Zeitpunkt, zu dem die Ergebnisse der Arbeiten der Organisationskommission ausgewertet und umgesetzt sein werden.

Die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Betreuung der CDU-Kontaktgruppen konnten in Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wesentlich verstärkt werden; auch die Personalratswahlen wurden betreut.

#### **Rechenschaftslegung**

Die bereits seit vielen Jahren gültigen Vorschriften für die Rechenschaftslegung der Partei, die eine Neuordnung des Rechenschaftswesens nötig machten, führen bei den einzelnen Organisationsstufen noch immer zu praktischen Schwierigkeiten. Es ist deshalb nach wie vor eine intensive Beratung und Hilfestellung im Einzelfall notwendig. Außerdem wirkt sich der häufige Wechsel der mit diesen Aufgaben betrauten ehrenamtlichen Funktionsträger negativ aus. Im Berichtszeitraum fanden, in Abstimmung mit unseren Wirtschaftsprüfern und den Finanzbehörden, intensive Diskussionen über die Abwicklung des Spenden- und Beitragswesens der Partei statt.

#### **Versicherungen / Berufsgenossenschaft**

Die von der Bundespartei erreichten Regelungen für alle Untergliederungen der Partei haben sich bewährt und führen in der Praxis zu einem erhöhten Schutz der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter.

# III. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

Die Hauptabteilungen Organisation und Öffentlichkeitsarbeit haben im Berichtszeitraum die Landesverbände Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein in den Landtagswahlkämpfen unterstützt. In enger Abstimmung mit den Landesgeschäftsstellen wurde beispielsweise der „Zentrale Bundesredner-Einsatz“ abgewickelt. Zur Unterstützung der Bundesredner wurden für 165 Einsätze Fahrer mit angemieteten PKW eingesetzt. (Fahrleistung insgesamt 139 722 km.) Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hat vor allem redaktionelle Zuarbeit zum „Baden-Württemberg-Kurier“ geleistet.

## – Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März 1988

Im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg wurden 65 Bundesredner – davon 14 Repräsentanten der CSU-vertreten, die insgesamt rund 700 Einsatztermine wahrgenommen haben. Im Rahmen der werblichen Maßnahmen für diese Veranstaltungen wurden über die Bundesgeschäftsstelle 42 850 Redner-Ankündigungsplakate abgerufen.

Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hat für die zwei Ausgaben des „Baden-Württemberg-Kurier“ die Texte für die Kandidatenseiten redaktionell bearbeitet und individuell gestaltet. Die erste Ausgabe erschien im Dezember 1987 mit einer Auflage von rund einer Million Exemplaren und 38 individuell gestalteten Zeitungsseiten für 44 Kandidaten. Die zweite Ausgabe wurde mit einer Auflage von rund

zwei Millionen im Februar 1988 verteilt. Bei dieser zweiten Ausgabe des „Baden-Württemberg-Kurier“ wurden 43 Kandidaten auf 37 Zeitungsseiten individuell vorgestellt.

## – Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai 1988

Im Rahmen des auf fünf Wochen begrenzten Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein haben durch Vermittlung des „Zentralen Bundesredner-Einsatzes“ 35 Politiker – darunter auch Repräsentanten der CSU – insgesamt 130 Veranstaltungen bestritten. Dafür haben die Kreisverbände rund 1 700 Redner-Ankündigungsplakate bestellt.

Der Spitzenkandidat Heiko Hoffmann wurde in den aktuellen Publikationen wie dem Deutschen Monatsmagazin und dem Deutschen Monatsblatt besonders herausgestellt.

## – Veranstaltungen des Parteivorsitzenden

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl hat im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg auf acht Großveranstaltungen mit insgesamt 22 000 Teilnehmern gesprochen; im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein war der Bundeskanzler Hauptredner auf sechs Veranstaltungen mit insgesamt 8 000 Teilnehmern. Die organisatorische Vorbereitung dieser Veranstaltungen hat die Hauptabteilung Organisation in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden abgewickelt.

# IV. Mitgliederentwicklung in der CDU

## 1. Die Mitgliederzahlen der CDU im lang-jährigen Trend

Im Berichtszeitraum bis Ende 1987 hat sich der seit 1984 stattfindende langsame Rückgang der CDU-Mitgliederzahlen fortgesetzt.

Bei der Analyse der Mitgliederzahlen muß beachtet werden, daß die Mitgliederentwicklung durch eine hohe Mortalität bestimmt wird. Erfreulich ist, daß

im Jahre 1987 25 662 neue Mitglieder der CDU beigetreten sind, was aber die Zahl der Mitgliederabgänge nicht völlig ausgleichen konnte. Da bei allen politischen Parteien die Mitgliederzahlen stagnieren oder zurückgehen, stellt sich die grundsätzliche Frage, ob und in welchem Umfang Bürger einer Freizeitgesellschaft noch für eine kontinuierliche ehrenamtliche Mitarbeit in Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewonnen werden können.

Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971  
(jeweils Jahresende)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Mitglieder	355 745	422 968	457 393	530 500	590 482	652 010
Veränderung zum Vorjahr %	+8,1	+18,9	+ 8,1	+16,0	+11,3	+10,4
Index 1971=100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3
	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mitglieder	664 214	675 286	682 781	693 320	705 116	718 889
Veränderung zum Vorjahr %	+1,8	+1,7	+1,1	+1,5	+1,7	+2,0
Index 1971=100	186,7	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1
	1983	1984	1985	1986	1987	
Mitglieder	734 555	730 395	718 590	714 089	705 821	
Veränderung zum Vorjahr %	+2,2	-0,6	-1,6	-0,6	-1,2	
Index 1971=100	206,5	205,3	202,0	200,7	198,4	

## 2. Die regionale Mitgliederentwicklung 1987

Landesverband	Mi.stand Jahresende 1986	Mi.stand Jahresende 1987	Differenz
Baden-Württemberg	95 040	95 604	+ 564
Berlin	15 864	15 576	- 288
Bremen	3 907	3 942	+ 35
Hamburg	14 887	15 198	+ 311
Hessen	68 275	68 884	+ 609
Braunschweig	10 766	10 539	- 227
Hannover	78 760	76 877	- 1 883
Oldenburg	19 377	19 058	- 319
Nordrhein-Westfalen	257 643	253 943	- 3 700
Rheinland-Pfalz	78 045	77 540	- 505
Saar	29 992	29 148	- 844
Schleswig-Holstein	41 533	39 512	- 2 021
Insgesamt	714 089	705 821	- 8 268

### 3. Dauer der CDU-Mitgliedschaft

Knapp 20 % der Parteimitglieder sind der CDU nach der Regierungsübernahme 1982 beigetreten. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder wurde CDU-Mitglied in einer Zeit, als die CDU in Bonn in der Opposition stand. Nur etwa ein Viertel der CDU-Mitglieder war bereits in der Partei, als diese 1969 noch die Regierung gestellt hat, und weniger als 8 % besaßen bereits in den 50er Jahren das CDU-Parteibuch.

Dauer der Mitgliedschaft 1987	Mitglieder Prozent
bis unter 2 Jahre	7,3
2 bis unter 4 Jahre	7,2
4 bis unter 6 Jahre	9,6
6 bis unter 8 Jahre	8,0
8 bis unter 10 Jahre	7,4
10 bis unter 15 Jahre	28,3
15 bis unter 20 Jahre	17,3
20 bis unter 25 Jahre	6,5
25 bis unter 30 Jahre	3,3
30 Jahre und mehr	4,8
ohne Angaben	0,2
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	12,4

### 4. Die Struktur der CDU-Mitgliedschaft

Vergleicht man die Gesamtheit der CDU-Mitglieder im Jahre 1987 mit den Neumitgliedern des gleichen Jahres, ist eine weitere Angleichung der Sozialstruktur der CDU-Mitglieder an die der Bevölkerung feststellbar.

Während der Anteil der Frauen am gesamten Mitgliederbestand der CDU 1969 noch bei 13,1 % gelegen hatte, liegt er 1987 bereits bei 22,4 %. Unter den Neumitgliedern befinden sich 1987 sogar 31,3 % Frauen; im Jahre 1970 betrug der Anteil der weiblichen Neumitglieder nur 17,3 %.

Das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder liegt 1987 mit 39,6 Jahren mehr als 10 Jahre unter dem der gesamten Mitgliedschaft (50 Jahre). Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Neumitglieder bis 24 Jahre (20,4%).

Der Anteil der Katholiken an der Gesamtmitgliedszahl liegt bei 58,6 %, der der Protestanten bei 34,5 %. Unter den Neumitgliedern des Jahres 1987 stellen die Protestanten bereits 39,3 %. Keiner Glaubensgemeinschaft gehören 5,1 % der Neumitglieder an.

Die Angestellten sind 1987 mit 28,1 % die größte Berufsgruppe unter den CDU-Mitgliedern. Der Anteil der Selbständigen beträgt 24,3 %, bei den Neumitgliedern nur noch 16,2 %. Der Anteil der Beamten unter den CDU-Mitgliedern beträgt 12,6 %, unter den Neumitgliedern des Jahres 1987 9,7 %. In Ausbildung befinden sich 6,7 % der CDU-Mitglieder; bei den Neumitgliedern sind es 15,9 %.

Alle genannten Tendenzen führen zu einer angemesseneren Vertretung relevanter sozialer Gruppen in der Mitgliedschaft der CDU und unterstreichen damit deren Charakter als moderne Volkspartei.

#### Struktur der Mitglieder- und Neumitglieder zum Jahresende 1987

	Mitglieder insges. %	Neumitglieder %
Männer	77,6	68,7
Frauen	22,4	31,3
-24 Jahre	3,4	20,4
25-29 Jahre	4,2	9,7
30-39 Jahre	15,3	22,1
40-49 Jahre	26,9	24,0
50-59 Jahre	24,2	12,5
60-69 Jahre	15,3	6,8
70 Jahre und älter	10,2	3,7
Durchschnittsalter	50,0	39,6

#### Männer

-29 Jahre	7,7	33,6
30-59 Jahre	68,0	58,4
60 Jahre und älter	23,7	7,3
Durchschnittsalter	49,6	37,8

#### Frauen

-29 Jahre	7,2	22,5
30-59 Jahre	60,4	59,1
60 Jahre und älter	31,9	17,6
Durchschnittsalter	51,3	43,4

evangelisch	34,5	39,3
katholisch	58,6	47,8
sonstige	0,4	0,8
ohne Bekenntnis	2,9	5,1

Selbständige/Mith.	24,3	16,2
Arbeiter	9,7	8,5
Angestellte	28,1	26,0
Beamte	12,6	9,7
Rentner/Pensionäre	4,6	7,6
Hausfrauen	11,2	11,1
in Ausbildung	6,7	15,9

# V. Bericht des Generalsekretärs gemäß Ziffer 36 Essener Leitsätze

Der Berichtszeitraum erstreckt sich vom Bundesparteitag 1986 in Mainz bis zum Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden. In dieser Zeit gab es in der CDU wichtige frauenpolitische Erfolge, die zur Erfüllung der Essener Beschlüsse über die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau beitrugen. Doch der Prozeß zur Gleichstellung der Frau in allen Bereichen der Gesellschaft, auch in der Politik, ist noch lange nicht abgeschlossen. Auch auf dem Wiesbadener Parteitag sind wichtige Beschlüsse zu fassen, die Verbesserungen für die Lebenssituation der Frau mit sich bringen. Im Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ werden zum Beispiel entscheidende Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefordert. So besagt die Ziffer 43, daß die Interessen von Frauen und Familien bei Tarifverhandlungen besser berücksichtigt werden müssen. Eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeit könnte den Frauen ihre Doppelaufgabe von Familie und Beruf erleichtern helfen. Aufgrund der Übernahme von Familienaufgaben dürfen Frauen und Männer nicht benachteiligt werden. (Ziffer 44) Besonders alleinerziehende Frauen und Männer bedürfen der intensiven Unterstützung. Diese Forderung wird in Ziffer 65 aufgegriffen.

Frauen sind bei der häuslichen Pflege von älteren und kranken Angehörigen in viel größerem Maße als die Männer gefordert. Diese Pflegeleistung soll in Zukunft stärker anerkannt werden, und die pflegenden Frauen sollen eine Stärkung ihrer Situation erfahren. (Ziffer 82) Im Alter sind Frauen oft schlechter finanziell abgesichert, da sie wegen ihrer Familienarbeit keine ausreichende Rente haben. Unter den Sozialhilfe-Empfängern sind überdurchschnittlich viele Frauen, wobei man sogar noch von einer viel höheren Zahl ausgehen muß, da viele ältere Menschen sich ihrer sozialen Lage schämen und sich deshalb nicht dazu bekennen. Auch dieses große sozialpolitische Problem der verschämten Altersarmut will die CDU in Zukunft beseitigen.

## 1. Maßnahmen zur Frauenförderung innerhalb der Partei

Der Mainzer Bundesparteitag 1986 war ein wichtiger Erfolg für die innerparteiliche Gleichstellung der Frau. Auf einen Antrag der Frauen-Union hin hat die Partei auf diesem Parteitag den Beschluß C 3 gefaßt. Darin verpflichtet sie sich, die organisatorischen und institutionellen Voraussetzungen für eine deutliche Anhebung des Anteils von Frauen an politischen Ämtern, Mandaten und Funktionen zu schaffen. Bis zum Beginn der neunziger Jahre sollen Frauen auf allen Ebenen entsprechend ihrem Anteil

an der CDU-Mitgliedschaft beteiligt werden. Mittelfristig ist die Beteiligung von Frauen an politischen Führungspositionen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil angestrebt.

Die Bundesvorstände von CDU und Frauen-Union haben im Oktober 1987 in einer gemeinsamen Sitzung über die Förderung von Frauen und den Stand ihrer politischen Beteiligung in der Partei beraten, insbesondere über konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des C 3-Beschlusses. Zu den Ergebnissen dieser gemeinsamen Sitzung gehören die Einrichtung eines Bundesfachausschusses „Frauenpolitik“ sowie einer Arbeitsgruppe „innerparteiliche Frauenförderung“ auf Bundesebene. Diese Arbeitsgruppe unter der Leitung von Heiner Geißler und Rita Süßmuth hat den Auftrag erhalten, auf der Grundlage eines Diskussionspapiers der Frauen-Union einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Umsetzung des C 3-Beschlusses zu erarbeiten. Darin sollen vor allem konkrete Maßnahmen der Frauenförderung bei innerparteilichen Nominierungswahlen und Listenaufstellungen formuliert werden.

Der Bundesfachausschuß Frauenpolitik hat im Januar dieses Jahres seine Arbeit unter dem Vorsitz von Staatssekretärin Maria Herr-Beck aufgenommen und sechs Arbeitsgruppen eingesetzt:

- Frau und Familie
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Frau und Arbeitswelt
- Frauenförderpläne
- Neue Berufsfelder für Frauen
- Frauen in der CDU.

Die Arbeitsgruppen bemühen sich um eine intensive Analyse ihrer Thematik und um die Ausarbeitung von politischen Lösungsvorschlägen, die dann der Parteiführung zugänglich gemacht werden.

Mittlerweile haben einige Landes- bzw. Kreisverbände in eigenen Leitanträgen die Verpflichtung des C 3-Beschlusses für ihren Verband übernommen und in unterschiedlicher Weise konkretisiert. Hierzu gehören die Landesverbände Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Bei den Kreisverbänden seien beispielsweise Mainz und Lauenburg erwähnt.

Beispielhaft soll hier auf den 70. Landesparteitag der CDU Hessen hingewiesen werden, der am 21. November 1987 in Fulda stattfand. Er stand unter dem Motto „Verantwortung in Partnerschaft“. Dieses Thema wurde durch ein Grundsatzreferat von Bundesministerin Rita Süßmuth und durch die Arbeit in drei Foren (Verantwortung der Frauen in Familie und Gesellschaft; Frauenförderpläne; Das Bild der Frau in Sprache und Medien) ausführlich

dargestellt. Die Verabschiedung der Leitsätze der CDU Hessen „Verantwortung in Partnerschaft – Frauen in Familie, Beruf und Politik“ macht deutlich, daß die frauenpolitischen Initiativen von der Bundesebene auf die Landesverbände der CDU übernommen worden sind. Die begonnene Frauenpolitik findet so ihre Fortsetzung.

In der Hauptabteilung Politik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Arbeit der Arbeitsgruppe Frauen durch die direkte Anbindung an den Hauptabteilungsleiter eine herausgehobene Position gehabt. Im November 1987 wurde aus dieser Arbeitsgruppe Frauen eine Abteilung für Frauen- und Familienpolitik gebildet.

Auch bei wichtigen personalpolitischen Entscheidungen in der Bundesgeschäftsstelle der CDU wurde versucht, die Essener Leitsätze umzusetzen. Als Beispiele können die Entscheidungen für eine stellvertretende Pressesprecherin und für eine Abteilungsleiterin der Abteilung Frauen- und Familienpolitik gelten.

Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 1987 ist schon einige Zeit her, doch soll er hier Erwähnung finden, da er im Berichtszeitraum stattgefunden hat und für die Frauenpolitik von Bedeutung war. Dieser Wahlkampf stellte die politischen Inhalte der CDU dar. Ein wesentlicher Schwerpunkt lag hierbei auf der Frauenpolitik. Als ein Höhepunkt des Wahlkampfes ist der Kongreß „Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau – Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ zu erwähnen, der im November 1986 in Offenburg unter Beteiligung von 8000 Frauen stattfand. Als Sonderausgabe von CDU-extra erschien die Zeitung „Frauen in der CDU“, die im Wahlkampf in hoher Auflage verteilt wurde. Frauenpolitische Themen wurden auch in Zeitungsanzeigen und Werbespots aufgegriffen; dabei bildeten die Themenbereiche „Neue Partnerschaft“, „Wiedereingliederung in den Beruf“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Anerkennung der Frau in der Familie“ Schwerpunkte.

Auch bei der Arbeit in wichtigen Gremien der CDU wurden verstärkt Frauen eingebunden. So wurden bei der Besetzung der Bundesfachausschüsse mehr Frauen als je zuvor berufen. Einige wichtige Bundesfachausschüsse werden auch von Frauen geleitet: Christa Thoben MdL, Vorsitzende des BFA Wirtschaftspolitik; Staatssekretärin Maria Herr-Beck, Vorsitzende des BFA Frauenpolitik; Rita Waschbüsch MdL, Vorsitzende des BFA Familienpolitik; Ruth Hieronymi MdL, Vorsitzende des BFA Jugendpolitik. Auch bei den stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse wuchs die Zahl der Frauen von vier auf sieben.

Die Neuwahlen zum Bundesvorstand der CDU im November 1987 in Bonn waren ebenfalls ein Erfolg für die Frauen; sie konnten ihren Anteil an diesen Parteiämtern ausbauen: Unter den Mitgliedern des Bundesvorstandes befinden sich jetzt sieben Frauen

(statt vorher sechs), davon zwei stellvertretende Parteivorsitzende. Der Anteil der Frauen in der Parteispitze beträgt jetzt rund 24 Prozent und liegt damit über ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Parteimitglieder (zur Zeit 22,4 Prozent).

## **2. Frauenpolitik in CDU-geführten Regierungen und CDU-Fraktionen**

Die Bundesregierung setzte im Berichtszeitraum ihre Politik der Anerkennung der Familienarbeit und der Überwindung der Spaltung zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit fort. In Ergänzung der seit 1982 durch die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl eingeleiteten frauen- und familienpolitischen Maßnahmen konnten weitere Verbesserungen für die Frauen und die Familien erreicht werden:

- Für alle nach dem 1. Januar 1988 geborenen Kinder ist eine Verlängerung des Erziehungsgeldes und Erziehungsurlaubes von zehn auf zwölf Monate in Kraft getreten.
- Die Mittel der Stiftung „Mutter und Kind“ wurden im Bundeshaushalt 1987 erneut erhöht, und zwar um 30 Millionen auf nunmehr insgesamt 110 Millionen Mark. Diese finanziellen Hilfen kommen Frauen zugute, die in schwierigen Notlagen Ja zum Kind gesagt haben.
- Seit dem Herbst 1987 werden auch den Müttern der Geburtsjahrgänge 1920 und früherer Erziehungsjahre in der Rentenversicherung anerkannt. Diesen Rentenanspruch haben auch die Mütter, die bisher keinen eigenen Rentenanspruch erworben hatten. Ab dem 1. Oktober 1987 erhalten alle Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1907 für jedes Kind rund 27 Mark monatliche Rente. Die Jahrgänge 1908 bis 1920 folgen in einer Stufenregelung. So findet die Familienarbeit eine Anerkennung, die sie mit der Erwerbsarbeit gleichsetzt.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine Abteilung „Frauenpolitik“ eingerichtet und die zuständige Ministerin zur Bundesfrauenministerin ernannt. Ein Durchbruch in der Frauenpolitik ist die im Juli 1987 durchgesetzte Ausweitung der Kompetenzen für die Frauenministerin.

Dem Frauenministerium wurden zusätzliche Zuständigkeiten (für Mutterschutz, für allgemeine Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung einschließlich der Frauenförderung in der Bundesverwaltung) sowie die Mitfederführung für eine Reihe wichtiger frauenpolitischer Vorhaben übertragen; außerdem hat die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit aufgrund von Änderungen der Geschäftsordnung der Bundesregierung und der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien künftig ein Initiativrecht im frauenpolitischen Bereich, ein Rederecht in Angelegenheiten von besonderer frauenpolitischer Bedeutung und ein Vertagungsrecht bei Kabinettsangelegenheiten.

Im Etat des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sind 1987 die Finanzmittel für den Haushaltstitel „Arbeiten und Maßnahmen auf dem Gebiet der rechtlichen und sozialen Gleichstellung der Frau“ deutlich erhöht worden. Die damit verbundenen Kompetenzen in Gesetzgebungsfragen eröffnen die Chance, die immer noch bestehenden Benachteiligungen der Frauen bewußt zu machen und entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung zu ergreifen.

Auch in den CDU-regierten Ländern wurden die Kompetenzen der Frauenbeauftragten gestärkt. Damit konnte ihr Einfluß innerhalb der Länderregierungen und der Regierungsarbeit in einzelnen Bundesländern deutlich erhöht werden. Als Beispiel dafür kann man das Bundesland Hessen anführen, dort ist die Bevollmächtigte der Landesregierung für Frauenangelegenheiten mit der Position einer Staatssekretärin ausgestattet.

Nach der Bundestagswahl und den Wahlen in den Ländern konnten Frauen auch in für sie „untypische“ Ressorts einziehen. Zu erwähnen sind hier beispielhaft Agnes Hürland-Büning, Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, und Irmgard Reichhardt, hessische Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

Fast alle CDU-Landtagsfraktionen haben Initiativen zur Gründung von Fraktionsarbeitskreisen bzw. Landtagsausschüssen zur „Frauenpolitik“ ergriffen. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben die Landtagsfraktionen Anhörungen durchgeführt, in denen detailliert über frauenpolitische Themen beraten wurde.

### 3. Aus der Arbeit der Frauen-Union

Die Frauen-Union hat im Berichtszeitraum weiter intensiv an der Umsetzung der Essener Leitsätze und des C 3-Beschlusses von Mainz gearbeitet. Sie hat Stellung zu aktuellen politischen Themen bezogen, besonders zu jenen, von denen Frauen in besonderer Weise betroffen sind (zum Beispiel Arbeitsmarktfragen, Frauenarbeitslosigkeit, Frauen und Bundeswehr). Sie hat Initiativen ergriffen zu einem verbesserten Schutz des ungeborenen Lebens durch konkrete Hilfen vor Ort. In der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Frau & Politik“ wurden umfassende Informationen über frauenpolitische Themen beziehungsweise frauenrelevante Themen der Tagespolitik vermittelt.

Aus der Arbeit der Frauen-Union seien fünf Ereignisse beispielhaft genannt:

– Die Frauen-Union hat zum Jahresbeginn 1987 ein 12-Punkte-Programm vorgelegt, das familien-

und frauenpolitische Schwerpunkte für die 11. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages enthält. Die Forderungen nach einer Verlängerung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie sowie nach einer Erhöhung des Kindergeldes und einer familienfreundlichen Steuergesetzgebung sind zum Jahresbeginn 1988 auf einer Pressekonferenz der geschäftsführenden Mitglieder des Bundesvorstandes noch einmal bekräftigt worden.

- Im August 1987 konnte die Initiative „Kleine Hände – Hilfen in Bedrängnis für Mütter, Väter und Kinder“ bundesweit ins Leben gerufen werden. Seither sind vielerorts, zum Beispiel in NRW und im Saarland, Aktionsgruppen und Fördervereine gegründet worden, die – ergänzend zu bestehenden Einrichtungen der Beratung und Hilfe – Familien in schwierigen Lebenssituationen zusätzliche, unbürokratische Hilfen anbieten und so ihren Beitrag leisten zu einem verbesserten Lebensschutz.
- Frauen wagen zunehmend den Schritt in die Selbständigkeit. Jedes dritte Unternehmen wird inzwischen von einer Frau gegründet. Die Frauen-Union hat im August 1987 der Öffentlichkeit Materialien zum Thema „Frauen als Unternehmerinnen“ vorgestellt, in denen auf diese Tendenz hingewiesen wird und spezielle Fördermaßnahmen empfohlen werden.
- Am 2. Februar 1988 hat die CDU unter maßgeblicher Beteiligung der Frauen-Union ein Expertengespräch zum Thema „Für Kinder bleibt noch viel zu tun“ mit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Familienverbänden und Wohlfahrtseinrichtungen suchten nach Wegen zu einer wirksamen Politik für Kinder, die alle gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche einschließt.
- Der 16. Bundesdelegiertentag (20./21. Februar 1988) stand unter dem Motto „Leben wagen – Zukunft gewinnen“. In drei Foren entwickelten die Delegierten Perspektiven zu einem verbesserten Lebensschutz, zum verantworteten Umgang mit den Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin und Humangenetik, zur Friedens- und Sicherheitspolitik sowie zum Thema Arbeit. Neben einer Reihe von Einzelanträgen wurde der Leitartikel „Anders arbeiten“ verabschiedet, in dem – in Fortsetzung der Leitartikel des 14. und 15. Bundesdelegiertentages – die Umsetzung der Essener Leitsätze durch Maßnahmen für eine familienfreundliche Arbeitswelt auf der Grundlage eines erweiterten Verständnisses der Arbeit gefordert wird.

# VI. Bericht gemäß § 26 GO über den Vollzug der Beschlüsse des 35. Bundesparteitages

## Beschluß Nr. A 1

1. In § 38 (Bundesvereinigungen) des Statuts der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) vom 27. April 1960, zuletzt geändert am 7. Oktober 1986, wird folgende neue Ziffer eingefügt:  
„8. Senioren-Union der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU).“
2. In § 39 (Zuständigkeiten der Vereinigungen) des Statuts der CDU wird in Absatz 1 in der nach dem Wort „Wirkungskreisen“ folgenden Klammeraufzählung hinter den Worten „Vertriebene und Flüchtlinge“ eingefügt  
„ältere Generation“.
3. Der Bundesparteitag bittet den Bundesausschuß der CDU, auf seiner nächsten Sitzung gemäß § 39 Abs. 3 Satz 2 Statut der CDU der vorgesehenen Gründung der Senioren-Union der CDU zuzustimmen.
4. Die unter Ziffern 1 und 2 beschlossenen Änderungen des Statuts der CDU treten mit Ablauf des 31. Dezember 1987 in Kraft.
5. Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand der CDU, zu einem frühestmöglichen Termin im Jahre 1988 in Zusammenarbeit mit dem Senioren-Beauftragten der CDU Deutschlands sowie den Senioren-Beauftragten der CDU-Landesverbände und bereits amtierenden Vorsitzenden von CDU-Landes-Senioren-Vereinigungen die Gründung der Senioren-Union der CDU auf Bundesebene vorzubereiten und durchzuführen.

**Die Senioren-Union der CDU wurde am 20. April 1988 in Bonn gegründet.**

## Beschluß Nr. B 1

Der 35. Bundesparteitag begrüßt die Initiative der Jungen Union zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs. Der vorgelegte Maßnahmenkatalog bedarf aber noch einer eingehenden Beratung. Der Antrag der Jungen Union wird daher an die Bundesfachausschüsse Jugendpolitik und Gesundheitspolitik überwiesen mit der Maßgabe, dem 36. Bundesparteitag einen im Bundesvorstand weiterentwickelten Text zur Beschlußfassung vorzulegen.

**Die Bundesfachausschüsse Jugendpolitik und Gesundheitspolitik haben zu dem Antrag der Jungen Union Stellungnahmen abgegeben, auf deren Grundlage der Bundesvorstand dem 36. Bundesparteitag einen eigenen Antrag vorlegen wird.**

## Beschluß Nr. B 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Beauftragten für Menschenrechte zu berufen.

**Wesentliches Ziel der Politik der Bundesregierung ist es, die Respektierung der Menschenwürde in allen Staaten zu fördern. Deshalb hat die Bundesregierung**

- beschlossen, in allen menschenrechtspolitischen Gremien des Europarats und der Vereinten Nationen intensiv mitzuarbeiten. Diese Arbeit wird in den zuständigen Ministerien durch einen Beauftragten bzw. einen Koordinator für Menschenrechtsfragen vorbereitet;
- in die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eine deutsche Delegation unter Leitung von Bundesminister a.D. Dr. Richard Jaeger entsandt;
- eine Kommission von unabhängigen Wissenschaftlern beauftragt, die Situation der Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes zu beschreiben;
- die Bildung eines „Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages angeregt; der Ausschuß wird von Staatsminister a.D. Friedrich Vogel MdB geleitet;
- die Bildung eines Menschenrechtsgerichtshofes der Vereinten Nationen und die Bestellung eines Hochkommissars für Menschenrechte vorgeschlagen.

## Beschluß Nr. B 3

Bis zum 36. Bundesparteitag werden die Aufgaben einer Zukunftskommission von den bereits eingesetzten und geplanten Kommissionen

- Kommission „Ländlicher Raum“,
  - Organisationskommission,
  - Kommission „Leben und Würde des Menschen“,
  - Kommission „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik“,
  - Arbeitsgruppe „Innerparteiliche Frauenförderung“,
- wahrgenommen.

**Die im Beschluß B 3 aufgeführten Kommissionen haben im Berichtszeitraum ihre Arbeit aufgenommen bzw. fortgesetzt. Die Kommissionen „Organisationskommission“, Kommission „Leben und Würde des Menschen“ und die Kommission „Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik“ haben ihre Arbeit abgeschlossen.**

#### **Beschluß Nr. B 4**

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alle notwendigen Schritte zur Ratifizierung der UN-Anti-Folter-Konvention, die von der Bundesregierung Ende 1986 gezeichnet wurde, einzuleiten.

**Die Bundesregierung beabsichtigt, noch in der laufenden Legislaturperiode die Voraussetzungen für eine Ratifizierung der UN-Anti-Folter-Konvention zu schaffen. Die Herbeiführung eines Kabinettsbeschlusses zur Einbringung eines Vertragsgesetzes ist für 1988 vorgesehen.**

#### **Beschluß Nr. B 5**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine bessere steuerliche Berücksichtigung privater Förderer und Mäzene im Bereich der Kultur gesetzlich zu verankern, um bei knapper werdenden öffentlichen Haushaltsmitteln die Bereitschaft zur privaten Kulturförderung, u.a. durch Stiftungen und Leihgaben, stärker zu wecken.

**Die Bundesregierung ist zur Zeit befaßt, die steuerpolitischen Instrumente für eine indirekte Kunst- und Kulturförderung zu überprüfen. Darüber hinaus ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Arbeitsgruppe mit der Prüfung beauftragt worden, ob im Zusammenhang mit dem Gutachten der Unabhängigen Sachverständigenkommission zur Prüfung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts einzelne Verbesserungen bereits vorab verwirklicht werden können.**

#### **Beschluß Nr. B 6**

Der 35. Bundesparteitag hält die Verabschiedung eines Jugendstrafvollzugsgesetzes durch den Bundestag für dringend geboten. Er fordert Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, alsbald in dieser Richtung initiativ zu werden.

**Die Bundesregierung hat die Vorlage einer Regelungskonzeption für 1988 vorgesehen. Ein Referentenentwurf ist in Vorbereitung.**

#### **Beschluß Nr. B 7**

Die Bundesregierung wird gebeten sicherzustellen, daß bei Organisationsprüfungen und anstehenden Standortentscheidungen die Frage, ob Behörden, Teile von Behörden oder Funktionsbereiche in strukturschwache Gebiete gelegt werden können, vorrangige Berücksichtigung findet.

**Die Bundesregierung ist bemüht, bei Standortentscheidungen und Organisationsprüfungen darauf hinzuwirken, daß die Belange strukturschwacher Gebiete angemessen berücksichtigt werden. 1987 ist zum Beispiel das juristische Dokumentationszentrum**

**JURIS nach Saarbrücken verlegt worden. Für die Einrichtung des Lastenausgleichsarchivs und des Bundesamtes für Strahlenschutz werden zur Zeit Standorte im Zonenrandgebiet geprüft.**

#### **Beschluß Nr. B 9**

Der 35. Bundesparteitag hält zur Frage eines freiwilligen Wehrdienstes von Frauen eine vertiefte Diskussion für erforderlich. Er überweist daher den Antrag B 9 des Kreisverbandes Mark an die Bundesfachausschüsse Frauenpolitik und Sicherheitspolitik mit der Maßgabe, dem Bundesvorstand eine Beschlußvorlage für den Bundesausschuß zu erarbeiten.

**Die Bundesfachausschüsse Frauenpolitik und Sicherheitspolitik sind mit der Erstellung einer Beschlußvorlage zur Frage eines freiwilligen Wehrdienstes von Frauen befaßt.**

#### **Beschluß Nr. B 10**

Der 35. Bundesparteitag begrüßt die gesetzgeberische Initiative zur Verbesserung des Zeugenschutzes im Strafverfahren und drängt auf eine baldige Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs.

Der 35. Bundesparteitag fordert den Gesetzgeber auf, die „Vergewaltigung in der Ehe“ unter Strafe zu stellen.

**Die Bundesregierung bereitet zur Zeit einen Gesetzentwurf vor, durch den der Tatbestand einer Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt werden soll.**

#### **Beschluß Nr. C 1**

Der 35. Bundesparteitag der CDU bittet die Bundesregierung sowie die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag, durch verbesserte Gesetze die Polizei in die Lage zu versetzen, sowohl vorbeugend als auch im Einsatz Gewalttaten im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen verhindern und verfolgen zu können.

Der Bundesparteitag der CDU verurteilt mit tiefer Empörung, daß Polizeibeamte bei der Erfüllung ihrer Pflichten von Rechtsbrechern und politischen Gewalttätern ermordet und schwer verletzt worden sind.

Wir bekräftigen, daß das Recht, friedlich und ohne Waffen für seine Meinung zu demonstrieren, ein grundlegendes Recht unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses Recht durch politische Gewalttäter mißbraucht, ausgehöhlt und gefährdet wird.

Der 35. Bundesparteitag der CDU fordert die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag auf, sich bei ihren Entscheidungen von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

- Der Staat ist verpflichtet, den Aufruf zur und die Propagierung von Gewalt unter Strafe zu stellen, um ein Klima zu verhindern, das Gewalttaten wie in Frankfurt Vorschub leistet.
- Es muß bewirkt werden, daß Gewalttäter ihre gewaltsamen Ausschreitungen nicht weiterhin aus der Deckung begehen können, die die Menschenmenge vor dem polizeilichen Zugriff bietet. Künftig muß auch bestraft werden, wer sich beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen nicht aus der Menschenmenge entfernt.
- Es muß sowohl die sogenannte passive Bewaffnung als auch die Vermummung strafrechtlich verboten werden. Die Teilnahme an einer verbo-

tenen oder aufgelösten Versammlung sowie die Aufforderung zur Teilnahme an einer solchen Versammlung müssen mit Kriminalstrafe geahndet werden.

**Die Bundesregierung hat am 18. Mai 1988 ein Artikelgesetz zur Inneren Sicherheit verabschiedet. Es sieht unter anderem die Strafbarkeit von Vermummung und passiver Bewaffnung vor; Veranstalter von Demonstrationen sollen verpflichtet werden, mit den zuständigen Behörden Maßnahmen zur Gewährleistung eines friedlichen Versammlungsablaufes zu vereinbaren; schwerer Landfriedensbruch soll bei Wiederholungsgefahr zum Haftgrund werden.**



